

Medienmitteilung zur Leerwohnungszählung Bundesamt für Statistik von 1. Juni 2008

Zürich, 1. September 2008

Besorgniserregende Situation auf dem Wohnungsmarkt: MV fordert Revitalisierung der Wohnbauförderung und griffige mietrechtliche Massnahmen

Die vom Bundesamt für Statistik heute veröffentlichte Statistik zur Leerwohnungszählung zeigt eine besorgniserregende Situation auf dem Wohnungsmarkt. Die Leerwohnungsziffer sank seit 2005 erstmals wieder unter 1 Prozent, wobei die Wohnungsknappheit sämtliche Grossregionen in der Schweiz betrifft. Der Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband Deutschschweiz fordert als Gegenmassnahme eine aktive Wohnbauförderung von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie ein griffiges Mietrecht gegen überbeuerte Anfangsmieten.

Die durchschnittliche Leerwohnungsziffer in der Schweiz ist auf einem beängstigenden Niveau und betrug am 1. Juni 2008 gesamtschweizerisch 0,97. Dabei verzeichnen sämtliche Grossregionen der Schweiz rückläufige Leerwohnungsziffern, wobei die Grossregion Zürich mit einem Rückgang von 0,8 auf 0,6% am stärksten von Wohnungsmangel betroffen ist. Die grösste Abnahme verzeichnet der Kanton Baselland, wo die Leerwohnungsziffer von 0,71 auf 0,5% zurückging.

Angesichts dieses knappen Angebots spielt der Markt nicht mehr und massiv steigende Angebotsmieten sind die Folge. Sehr viele Miethaushalte sehen sich mit Wohnkosten konfrontiert, die sie im Verhältnis zum Einkommen zu stark belasten. Der Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband fordert deshalb die Umsetzung der vom Bundesrat vorgeschlagenen Mietrechtsrevision durch das Parlament, die eine Erleichterung bei der Anfechtung von überbeuerten Anfangsmieten vorsieht. Waren bisher solche Verfahren wegen der sehr hohen Beweishürden der Mieterschaft praktisch unmöglich, würden diese mit den neu eingeführten Statistiken für die Vergleichsmieten für die Überprüfung der Anfangsmieten massiv erleichtert.

Im Weiteren fordert der Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband eine wieder aktive Wohnbauförderung des Bundes, der Kantone und der Gemeinden, damit genügend erschwinglicher Wohnraum zur Verfügung steht. Keinesfalls darf der vom Bundesrat anvisierte Revision des Wohnraumförderungsgesetz stattgegeben werden, die direkten Hilfen für bezahlbaren Wohnraum von sozial Schwächere abzuschaffen. Der MV ruft das Parlament auf, den Kahlschlag nicht zuzulassen und die Weichen bei den kommenden Debatten vom Herbst richtig zu stellen.

Schweizerischer Mieterinnen- und Mieterverband Deutschschweiz

Für Rückfragen

Anita Thanei, Natel 079 634 47 18
Regula Mühlebach, Geschäftsleiterin 043 243 40 42